

Attac und der Nato-Gipfel

"Gezielte Provokation"

Interview: Irene Helmes

Attac-Aktivist Hugo Braun über die bevorstehenden Proteste beim Nato-Gipfel, das Herbeireden von Gewalt und die gemischten Gefühle der Globalisierungskritiker gegenüber Barack Obama.

Hugo Braun ist Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland und Mitglied des Internationalen Koordinierungskomitees "No-to-Nato".

sueddeutsche.de: G-20-Treffen, Nato-Jubiläum, USA-EU-Gipfel: In dieser Woche absolvieren die Spitzenpolitiker einen wahren Marathon - ebenso ihre Kritiker. Was erwarten Sie von den kommenden Tagen?

Hugo Braun: Ganz sicher wird es umfangreiche Protestaktionen geben, an denen Attac unterschiedlich beteiligt ist. Vor uns haben wir den Nato-Geburtstagsgipfel in Baden-Baden und Straßburg. Attac unterstützt dort die Aktionen der Friedensbewegung, weil wir der Meinung sind, dass die Kriegspolitik der Nato verurteilenswert ist.

sueddeutsche.de: Zusammen mit rund 600 Organisationen aus der ganzen Welt will Attac den Nato-Gipfel blockieren. Wie soll das funktionieren?

Braun: Attac wird nicht die Organisation sein, die den Gipfel blockiert. Wir wollen mit Argumenten wirken, gelegentlich durch Aktionen des zivilen Ungehorsams die Öffentlichkeit alarmieren und aufmerksam machen. Vor allem sind wir auf dem Gegenkongress präsent und wollen darauf hinweisen, dass Globalisierung und Krieg zwei Seiten einer Medaille sind. Aber es ist nicht unsere Aufgabe, eine Konfrontation mit der Staatsmacht herbeizuführen.

sueddeutsche.de: Welche Aktionen sind konkret vorbereitet?

Braun: Der Höhepunkt der Aktionen wird am Samstag die große Demonstration in Straßburg sein – da werden einige zehntausend Menschen erwartet. Es wird symbolische Blockade-Aktionen geben, wobei wir schon im Vorfeld klargemacht haben, dass es sich nicht um militante Auseinandersetzungen handelt, sondern darum, zu demonstrieren, dass dieser Gipfel eigentlich nicht stattfinden sollte.

sueddeutsche.de: Sie fordern die Auflösung der Nato. Wann würden Sie Ihre Aktionen an diesem Wochenende als erfolgreich bezeichnen?

Braun: Ein Erfolg wäre, wenn ganz viele Menschen in Deutschland und in Europa sehen, dass die Nato eine Politik betreibt, die nicht dem Frieden dient und eine anachronistische Kriegsmaschinerie ist, die nicht in unsere Zeit gehört.

sueddeutsche.de: Wer sind die Menschen, die man bei den Demonstrationen sehen wird?

Braun: Aus den Vorbereitungen kann ich erkennen, dass es überwiegend die klassischen Mitglieder der Friedensbewegung sind. Die Kriegsdienstgegnervereinigung, der Bundesausschuss Friedensratschlag, der Mouvement de la Paix aus Frankreich. Das sind die klassischen Friedensorganisationen, die ihre Mitglieder mobilisieren und den Hauptanteil der Demonstranten stellen werden. Wir haben zu einer Demonstration aufgerufen, an der alle teilnehmen können – also auch Familien mit Kindern, alte Menschen, auch mit ihren Rollstühlen können sie kommen. Wir gehen nicht davon aus, dass von unserer Demonstration irgendeine Form von Gewalt ausgeht.

sueddeutsche.de: Der Verfassungsschutz rechnet trotzdem mit etwa 3000 gewaltbereiten Teilnehmern. Gegner des Nato-Gipfels bezeichnen das als "Propaganda" und "Paranoia". Halten Sie Warnungen vor einer Eskalation tatsächlich für völlig abwegig?

Braun: Ich halte sie eigentlich für gezielte Provokation. Da wird Gewalt herbeigeredet, anstatt deeskalierend zu wirken, wie es die Aufgabe von Sicherheitsbehörden sein sollte, wenn man das Wort Sicherheit ernstnimmt. Je mehr man über Gewalt redet, provoziert man sie. Ich halte das für eine völlig verfehlte, ja offensichtlich sogar gewollte Kommunikationspolitik.

sueddeutsche.de: Was steckt Ihrer Ansicht nach dahinter?

Braun: Wenn bewusst provoziert wird, wird es natürlich zu Reaktionen kommen, die nicht mehr kontrollierbar sind, die sich der Verantwortung der Organisatoren letztendlich entziehen. Und wir werden dann - wenn die Rechnung der Verfassungsschützer und Sicherheitsbehörden aufgeht – Bilder wie in Heiligendamm sehen.

sueddeutsche.de: Soll Ihre Veranstaltung also bewusst diskreditiert werden?

Braun: Nach dem, was ich lese und höre, liegt das für mich nahe.

sueddeutsche.de: Was sagen Sie dazu, dass es nun bereits am Mittwochnachmittag im Vorfeld des G-20-Gipfel in London Ausschreitungen gab, bei denen die Royal Bank of Scotland gestürmt wurde?

Braun: Dazu fällt mir spontan nur ein Brecht-Zitat aus der Dreigroschenoper ein: "Was ist der Überfall auf eine Bank gegen die Gründung einer Bank?". Dennoch bleibt es dabei: Attac will durch Argumente, nicht durch Gewalt überzeugen.

sueddeutsche.de: Reiner Braun, der Koordinator der Proteste, beklagt, beim Nato-Gipfel werde den Demonstranten statt dem Grundrecht auf Versammlung "ein Gnadenbrot hingeschmissen". Inwiefern?

Braun: Wenn uns in Straßburg eine Demonstrationsroute über menschenleere Landstraßen angeboten wird, hat das mit dem Grundrecht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit nichts zu tun. Die Auflagen sind derart schikanös, dass Grundrechte ausgehebelt werden. Die Clownsarmee zum Beispiel, die mit Musik, Gesang und Maskierung und Bemalung auftritt, soll unterbunden werden – das finde ich ausgesprochen albern. Weil sie ja ein Versuch der Deeskalation ist, der aus der Demonstrationsleitung bewusst gewünscht wird. Außerdem: Eineinhalb Meter Abstand zum nächsten Polizisten einzuhalten – das sind Kleinigkeiten, deren Sinn ich nicht erkennen kann, die nur Schikane sein können.

sueddeutsche.de: Attac sieht sich durch die Weltwirtschaftskrise in den schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Verglichen mit der Allgegenwart der Krise in der Diskussion wirkten die Demonstrationen am Wochenende in Deutschland und Großbritannien aber eher zaghaft. Was glauben Sie, muss noch passieren, bis es zu einer breiteren Protestbewegung kommt?

Braun: Wir sind uns natürlich bewusst, dass dieser 28. März nur ein Auftakt war. Wir sehen ganz genau, dass der neoliberale Wirtschaftskurs, der Kurs des schnellen Geldes, der Raubtierkapitalismus gescheitert ist – aber in den Köpfen der Menschen noch tief verwurzelt bleibt. Wir werden im September sicherlich erleben, dass 85 Prozent der Wahlberechtigten neoliberale Parteien wählen.

Wir intensivieren nun unsere Aufklärungskampagne, machen Hunderte Veranstaltungen, bemühen uns, einen zivilgesellschaftlichen Akteur zu gründen, der weitere Protestaktionen dann auf die Tagesordnung setzt, wenn tatsächlich die Schmerzgrenze erreicht ist. Im Augenblick wird Kurzarbeitergeld für 18 Monate gezahlt, Arbeitslosengeld für ein Jahr. Das heißt, der eigentliche Schmerz wird vielleicht in Jahresfrist eintreten. Deshalb sollten Sie die Menschen nicht für leichtfertig halten, wenn sie nach wie vor einkaufen wie vorher. Ich denke, die Protestwelle steht uns erst noch bevor.